



Die Anwendung der Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze

Im Spannungsfeld zwischen Rechtszwang und vertragsbasierter Bedarfsdeckung

RR'in Hannah Fayner (KdoCIR, UAbt RB/WDA)

Koblenz, 13. März 2025



1

**Bedarfsdeckung durch Verpflichtung Dritter per Rechtszwang
(Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze)**

2

Vertragsbasierte Einbindung gewerblicher Leistungen Dritter



Bedarfsdeckung durch Rechtszwang



Verteidigungsfall

Spannungsfall

Zustimmungsfall

Bündnisfall

Bundesleistungsgesetz

Wirtschaftssicherstellungsgesetz

Wassersicherstellungsgesetz

Verkehrssicherstellungsgesetz

Verkehrsleistungsgesetz

Arbeitssicherstellungsgesetz

Energiesicherungsgesetz

Erdölbevorratungsgesetz

Ernährungssicherstellungs-
und -vorsorgegesetz

Postsicherstellungsgesetz

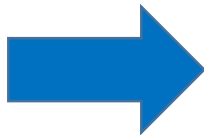
Telekommunikationsgesetz

Herausforderung 1: Anpassung der Gesetze

Die Notstandsgesetze stammen überwiegend aus dem **Kalten Krieg**.

Dem entspricht die **klassische Unterscheidung**:

- Krieg ≠ Frieden
- Äußerer Notstand ≠ Innerer Notstand
- Verteidigung ≠ Gefahrenabwehr
- Kombattant ≠ Störer
- Streitkräfte ≠ Polizei



ein **symmetrisches Bedrohungsszenario**
mit staatlichen Akteuren in festen Bündnissen.

Herausforderung 1: Anpassung der Gesetze

Heutige Bedrohungen:

- Transnationaler Terrorismus (CBRN-Mittel)
- Cyber-Attacken
- Desinformationskampagnen (Fake News)
- Mobilisierung ethnischer Minderheiten
- Lenkung von Migrationsströmen
- Wirtschaftliche Repressalien
- Verdeckte und offene militärische Gewalt

➡ hybride Kriegführung



Bedarfsdeckung durch Rechtszwang



Bedarfsträger



Anforderungsbehörde



Leistungspflichtiger



Leistungsempfänger



Herausforderung 2: Vollzug der Gesetze

Notstandsrecht ist auf **robuste und resiliente Strukturen** angewiesen, damit es im Ernstfall überhaupt sein **Potential** entfalten kann.



- Problem: **Verlust** personeller und materieller Fähigkeiten im Zuge der Friedensdividende.
- Arbeitsmuskel in der „alten Welt“ war die Territoriale Wehrverwaltung.
- Arbeitsmuskel in der „neuen Welt“ ist die Spartenorganisation der Wehrverwaltung.
- Der größte Anteil entfällt hier auf den OrgBer IUD.
- **Neuordnung der Zuständigkeiten ist angelaufen.**





Vertragsbasierte Leistungserbringung Einflussgrößen



Verträge unter LV/BV-
Bedingungen

Unmöglichkeit der
Leistung

Wegfall der
Geschäftsgrundlage

Höhere Gewalt

Vertrag



Bild: photoikigai aus freepik.com



Gewerbliche Leistungen

Resilienzgesteigerte, „gehärtete“ Verträge in der externen Leistungserbringung

Bedarfsformulierung/
Vorphase Vergabeverfahren

Vergabeprozess

Resilienzhebel

Vertragsgestaltung

- Komplexe Vertragsbeziehungen/
Kooperationen
- Resiliente Strukturen der SVI

Bild: photoikigai aus freepik.com

Almuth Meyer

Leitende

Regierungsdirektorin

Referat IUD II 3

Bundesministerium der Verteidigung

Stauffenbergstraße 18

10785 Berlin

E-Mail: almuthmeyer@bmvg.bund.de



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Die Anwendung der Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze

Im Spannungsfeld zwischen Rechtszwang und vertragsbasierter Bedarfsdeckung

Almuth Meyer

Koblenz, 13. März 2025